

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 40 (1960-1961)
Heft: 4

Artikel: Erneuerung der französisch-afrikanischen Gemeinschaft
Autor: Saint-Chamant, Jean de
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-161093>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 16.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Erneuerung der französisch-afrikanischen Gemeinschaft

JEAN DE SAINT-CHAMANT

Die allgemeine Entwicklung des afrikanischen Kontinents hat Frankreich veranlaßt, dem Unabhängigkeitstaumel, der sich der farbigen Bevölkerung bemächtigt hat, keinen Widerstand entgegenzusetzen. Diese Haltung wurde nicht immer verstanden; einige wollten darin ein Zeichen des Verzichts sehen. Tatsache ist, daß die französisch-afrikanische «Communauté» achtzehn Monate nach ihrer Bildung in völliger Wandlung begriffen ist. In Übereinstimmung mit der Verfassung von 1958, die ihnen für die weiteren Schritte freie Wahl ließ, optierten drei Staaten für die vollständige Unabhängigkeit: Senegal und Sudan, welche den Mali-Bund eingingen, und die Republik Madagaskar. Bereits ist vorauszusehen, daß die raschen Umwandlungen im Innern dieser Länder nicht verfehlen werden, in Kürze bei ihren Nachbarn in West- und Äquatorialafrika ähnliche Veränderungen auszulösen. Ist es jedoch nicht bemerkenswert, daß bei der letzten Tagung der Uno die Wortführer der Communauté, trotz aller Unstimmigkeiten, eine vollkommene Solidarität an den Tag legten? In beredter Weise sprachen mehrere von ihnen im Namen des Gemeinwohls, ja im Sinne einer philosophischen Lebensanschauung, die sie mit Stolz von der französischen Kultur herleiteten. . .

Keiner der afrikanischen Führer scheint sich der Schaffung einer neuen und lockeren Gemeinschaft zu widersetzen, die nach dem Ausdruck Léopold Senghors ein Commonwealth französischer Art sein wird, in dem die Bürger des Mutterlands und der nun selbständig werdenden Staaten gleiche bürgerliche und politische Rechte genießen. Die Rivalitäten und Ungewißheiten, die auseinanderstrebenden Interessen und äußeren Einflüsse, die eine Tatsache sind und nicht verkannt werden dürfen, lassen die Schwierigkeiten der Gestaltung des neuen Afrikas erkennen. Dennoch ist nicht am festen Willen der verantwortlichen Regierungen zu zweifeln, den mehr denn je überholten Stammeskämpfen ein Ende zu bereiten. Trotz der recht unerwarteten Kehrtwendung Houphouët-Boignys, der nun die sofortige Unabhängigkeit verlangt und erst nachher mit der französischen Regierung einen Vertrag über die Zusammenarbeit abschließen will, mangelt es von seiten der afrikanischen Führer nicht an Treueversprechen und Beweisen der Zuneigung.

In diesen Führern kommt die neue Form der Gemeinschaft zu Ehren. Ihr Streben, die Freiheit und Würde der Afrikaner zu bewahren, führt sie dazu,

umfassende Einheiten zu bilden, welche die Zersplitterung der afrikanischen Staaten überwinden. Instinktiv spüren sie die Schwierigkeit, wirklich nationale Empfindungen in Gebieten zu schaffen, deren Begrenzung mehr oder minder fragwürdig und überdies den Zufälligkeiten von Stammesrivalitäten ausgesetzt ist. Eines steht dabei fest, nämlich daß die verantwortlichen Politiker der Communauté die neutralistischen und antiwestlichen Ansichten ablehnen, die ihnen die Propaganda aus Moskau und Peking nahelegt. Denn sie haben erkannt, daß der angebliche Neutralismus sie in die fatale Lage der Volksdemokratien bringen würde und in kurzer Zeit den sowjetkommunistischen Methoden in ihren unterentwickelten Ländern zum Sieg verhelfen würde, wie es der Regierungschef der Elfenbeinküste, Houphouët-Boigny, in zweckmäßiger Weise in Erinnerung gerufen hat. Im Bestreben, die jungen afrikanischen Republiken der drohenden Marxisierung zu entziehen, ließ Houphouët-Boigny in New York einen ergreifenden Ruf an die freien Völker ergehen, sie sollten den Staaten des schwarzen Erdteils helfen, «daß die Afrikaner die Freiheit nach jenen philosophischen, wirtschaftlichen und religiösen Anschauungen erlangen könnten, die der westlichen Zivilisation eigen sind». Namens der Communauté erklärte er ferner, es sei ebenso sinnlos, von der Einheit Afrikas wie von jener Asiens zu sprechen; kein afrikanisches Land sei fähig, die andern zu einem Bund zusammenzuschließen. Statt dem utopischen Traum des Panafrikanismus nachzuhängen, wie es in Accra Präsident Nkrumah will, sollten die Staaten des afrikanischen Westens sich machtvoll gegen die verdächtigen Bündnisse zur Wehr setzen, die Afrika vom Westen abtrennen und den Eindringlingen aussetzen, die die Leere im Innern anlockt.

Aus diesen zahlreichen Erklärungen kann man schließen, daß die Gemeinschaft auf bestem Weg ist. Die Absicht der französischen Regierung, ihr eine solide Grundlage durch immer stärkere Berücksichtigung der freien Zustimmung ihrer Mitglieder zu geben, wird dabei von den Führern des schwarzen Afrikas besonders geschätzt. Trotz den gegenwärtigen Schwierigkeiten bleiben die freundschaftlichen Bindungen zwischen den afrikanischen Führern und der Metropole bestehen. Über diese günstigen Zeichen kann man sich nur freuen im Augenblick, da das französisch-afrikanische Gefüge in eine neue Phase eintritt, die über die Zukunft der Communauté entscheiden wird.

Unabhängigkeit mit freigewählten Einschränkungen

In einer Atmosphäre der Übereinstimmung und der Freundschaft wurden die Verträge mit Madagaskar und dem Mali-Bund unterzeichnet, welche die neuen Beziehungen Frankreichs zu diesen Staaten regeln. Nach zwei Monaten ungetrübten Meinungsaustausches sind die Verhandlungen zu Ende gegangen, welche die Communauté zu einer Umwandlung nicht nur ihrer politischen

Gegebenheiten, sondern auch ihrer Grundstrukturen führen werden. Die beiden Verträge stimmen im wesentlichen miteinander überein. Beide folgen den gleichen Forderungen und Notwendigkeiten. Grundlage beider Verträge sind die zwei folgenden Prinzipien: 1. Die Beziehungen der unabhängigen Staaten Madagaskar und Mali mit Frankreich sind solche souveräner Staaten; 2. die französische Republik, Madagaskar und Mali bilden zusammen mit den anderen afrikanischen Staaten eine «erneuerte Gemeinschaft». In deren Rahmen steuert Frankreich seine Hilfe bei. Die drei Staaten arbeiten freiwillig zusammen und stimmen ihre Politik auf die andern Mitglieder ab.

Im Hinblick auf die Schaffung neuer französisch-madegassischer und französisch-malinensischer Beziehungen wandelt sich der Exekutivrat der Gemeinschaft in eine periodische Konferenz der Staatsschefs und Regierungschefs um. Madagaskar und Mali erhalten ferner die Möglichkeit, eine Abordnung in einen beratenden Senat zu entsenden, der aus Abgesandten der Parlamente aller Mitgliedstaaten besteht. Der Vorsitz der Gemeinschaft kommt schließlich rechtmäßig dem Präsidenten der französischen Republik zu, doch versteht es sich von selbst, daß weder Mali noch Madagaskar als souveräne Staaten künftig an seiner Wahl teilnehmen werden.

Durch Übertragung der gemeinsamen Kompetenzen (auswärtige Angelegenheiten, nationale Verteidigung, Finanzen usw.) an die zwei neuen Staaten wird deren Souveränität bekräftigt. Ihre Teilnahme an der Gemeinschaft beruht inskünftig nicht mehr auf verfassungsrechtlicher, sondern auf *vertraglicher* Basis. Die Zulassung der beiden Staaten zu den Vereinigten Nationen wird eine logische Folge ihrer internationalen Souveränität sein. Sie werden ihre Kandidatur unter der Patenschaft Frankreichs einreichen. In den Ländern ihrer Wahl werden sie eigene diplomatische Vertretungen haben, in allen anderen Staaten wird Frankreich ihre Interessen wahren. Aber neu und ungewohnt (und unserer Meinung nach zu Recht kritisiert) ist, daß jede diplomatische Vertretung Frankreichs im Ausland den Schutz madegassischer oder malinensischer Staatsangehöriger übernehmen kann, wenn deren Regierung darum nachsucht. Frankreich, Madagaskar und Mali tauschen Botschafter aus, die den Titel «hauts représentants» tragen und besondere diplomatische Vorrechte besitzen werden.

Zur Verteidigung des Landes gewährt Frankreich den beiden unabhängigen Staaten Hilfe und erleichtert ihnen die Aufstellung einer nationalen Armee. Es behält jedoch die wesentlichen Luft- und Seestützpunkte in Madagaskar wie auch im Senegal und Sudan; diese werden ihm in der Form von «Rückübertragungen» zur Verfügung gestellt. Der Mali-Bund, der über eine Armee von einigen tausend Mann verfügen wird, tritt der Armee der Communauté — im konkreten Fall Frankreich — die Stützpunkte Dakar, Bamako und Tessalit ab. Die Republik Madagaskar behält sich vor, mit technischer Hilfe Frankreichs eine richtige nationale Armee aufzustellen. Während der Verhandlungen

über die französisch-madegassischen Verträge unterstrich Präsident Tsiranana, angesichts der asiatischen Bedrohung, der die Insel ausgesetzt ist, die Nützlichkeit dieser Armee. Er schreckte nicht davor zurück, bei dieser Gelegenheit die sehr ernste Beunruhigung auszudrücken, welche die Anwesenheit Chinas an der Ostflanke Afrikas in ihm auslöst, genau gegenüber der Großen Insel, die die strategische Verteidigung des Indischen Ozeans sichert. Bis die Absichten der madegassischen Regierung auf militärischem Gebiet sich verwirklichen, bleibt die «freie Verfügung» der Einrichtungen von Diégo-Suarez, Ivato, Tamatave, Fort-Dauphin dem mutterländischen Kommando belassen. Im Vertrag mit Mali wird hingegen spezifiziert, daß dieser Staat die Abtretung eines Stützpunktes an Frankreich, desjenigen von Cap-Vert annimmt. Andererseits verpflichtet sich Mali, bei der Verteidigung der Gemeinschaft mitzuarbeiten und «gegebenenfalls an jener anderer afrikanischer Staaten», was bei der Großen Insel nicht der Fall ist.

Subventionierte Selbständigkeit

Madagaskars und Malis Unabhängigkeit soll jedoch an der Wirtschafts- und Finanzhilfe Frankreichs nichts ändern. Die beiden Staaten haben das Recht, Geld zu prägen und nach freiem Ermessen eine Emissionsbank zu gründen. Sie erklären dennoch, in der Franc-Zone zu bleiben. Handelsabkommen können sie nach freiem Willen abschließen, unter der Bedingung, eine gemischte Kommission davon zu benachrichtigen, welche die Beziehungen Frankreichs und der Staaten der Gemeinschaft regelt.

Kulturabkommen zwischen Frankreich und den beiden neuen Staaten haben den höheren Schulunterricht zum Inhalt. Man beglückwünscht sich, daß die schöne Universität von Dakar fortan als ein öffentliches malinensisches Institut betrachtet wird, dessen Verwaltung Frankreich besorgt. Die französisch-madegassischen Abkommen mußten, im Gegensatz zu Mali, die Tatsache berücksichtigen, daß in Tananarive eine Universität erst ins Leben gerufen werden muß. Deshalb wird in den Verträgen ausgeführt, daß die madegassische Regierung die Institute der höheren Bildung in einer nationalen Unterrichtsstiftung zusammenfassen soll, welcher der Präsident der madegassischen Republik vorstehen wird. Andererseits ist vereinbart worden, daß Frankreich die Ausbildung der Lehrer Madagaskars übernehmen wird, indem es den Lehrkörper stellt und zu den Unterhaltskosten beiträgt.

Dies ist die Antwort auf die Welle des «Cartierismus», der in den letzten Jahren in Frankreich die oberen Schichten der Öffentlichkeit erfaßt hat. Mit diesem Namen, abgeleitet von dem eines brillanten Pariser Publizisten, bezeichnet man eine politische Anschauung, die in Wahrheit sehr banal und egoistisch, in gewissen kapitalistischen Kreisen jedoch recht verbreitet ist. Im Gegensatz

zur einstigen kolonialen Expansion verfiicht Raymond Cartier die Theorie des Rückzugs, indem er vorbringt, die produktiven Kräfte des Landes, die Investitionen und Finanzierungen der großen Aufbauprogramme sollten vor jedem überseeischen Gebiet zuerst im Innern des Mutterlandes eingesetzt werden. Weit entfernt von dem Gedanken, daß dem Mutterland noch Pflichten und Aufgaben in den ehemaligen Kolonien zufallen, schlägt der Cartierismus vor, die jungen afrikanischen Staaten kurzweg ihrem Schicksal zu überlassen. Ist soviel Aufwand, fragt er, zum Nutzen von Völkern, die bald nicht mehr unter französischer Vormundschaft stehen und dafür keinerlei Dankbarkeit hegen werden, nicht lächerlich?

Frankreichs Antwort auf diese nur scheinbar vernünftige Frage liegt vorab in dem von ihm gegründeten Verband freier Völker, die, ohne ihrer Würde Abbruch zu tun, seinen Rat, seine Erfahrung und seine Technik, die unerläßliche Hilfe zu ihrem Aufstieg in Anspruch nehmen.

Bevor die neuen Staaten Madagaskar und Mali ihre Unabhängigkeit proklamieren konnten, war es nötig, den Titel XII der Verfassung abzuändern und die Unabhängigkeit mit der Zugehörigkeit zur Gemeinschaft vereinbar zu erklären, was nach den bisherigen Bestimmungen der Verfassung nicht der Fall war. Trotz einer recht lebhaften Opposition im Parlament, welche die Regierung tadelte, durch Anwendung eines Ausnahmeverfahrens eine vollendete Tatsache geschaffen zu haben, wurde der Verfassungsänderung zugestimmt. Sie bestätigt die volle Unabhängigkeit Madagaskars und des Bundesstaates Mali.

Die Existenz der erneuerten Communauté wäre somit durch die Erlangung der Unabhängigkeit ihrer Mitgliedstaaten nicht bedroht, wenn nicht andere, viel beunruhigendere Umstände die Gemeinschaft gefährdeten: Einer von ihnen ist, ob man es will oder nicht, der Krieg in Algerien. Die Haltung, die die afrikanischen Staaten in der Uno einnehmen werden, wenn der Waffenstillstand nicht vor der im kommenden September stattfindenden Session der Generalversammlung zustandekommt, wird der Prüfstein ihrer Solidarität mit Frankreich sein. Es ist deshalb verfrüht, schon heute eine Diagnose über die Gesundheit der neuen Communauté abzugeben, bevor diese nicht dieses Kap der Stürme umfahren hat.

Es stellt sich sodann eine andere und grundlegende Frage. Madagaskar mag dank seiner Insellage den großen panasiatischen Strömungen widerstehen, die den australischen Raum bedrohen; kann man aber glauben, daß die ehemaligen Staaten französisch West- und Äquatorialafrikas den Hetzkampagnen aus Accra und Conakry gleicherweise Widerstand leisten können? Ghana vervielfacht augenblicklich die Herausforderungen an Togo, das mit dem schwierigen Problem der Ewé-Bevölkerung beschäftigt ist. Man hat den Nachdruck nicht vergessen, mit dem Kwame Nkrumah im Namen Ghanas die Einverleibung Togos gefordert hat, die der togölesische Regierungschef Sylvio Olympio hef-

tig zurückgewiesen hat. Mit ebensoviel Weisheit wie Festigkeit erklärte dieser kürzlich in Lomé: «Unsere Grenze ist unverletzlich, aber die künstlichen Schranken, die sie zwischen den verschiedenen Teilen der großen Ewé-Familie aufrichtet, können mit gutem Willen und mit Vernunft und durch Verhandlungen, die die Souveränität beider Länder respektieren, beseitigt werden.»

Der jungen Republik Togo geht es wie den meisten afrikanischen Gebieten der Communauté: das Problem ihrer Zukunft stellt sich weniger im Hinblick auf ihre nationale Existenz, deren Grundlage schwankend bleibt, als im Hinblick auf den weiteren Rahmen der großen afrikanischen Zusammenschlüsse, in denen sie Platz finden sollen. Sie sind ohne Armee und Marine und haben nur spärliche oder ungenügend ausgebeutete Energiequellen. Wie sollen sie sich entfalten und ihr Gleichgewicht finden können, ohne sich mit den mächtigeren Nachbarn zu verbünden?

Den französischen Bestrebungen entsprechen diejenigen der Führer verschiedener Staaten des einstigen französischen Westafrikas. Der senegalesische Ministerpräsident Mamadou Dia beispielsweise brachte kürzlich den Wunsch der Mali-Regierung zum Ausdruck, eine Föderation mit allen Staaten des afrikanischen Westens französischer Sprache einzugehen. Namens des Rates der Entente, der die Elfenbeinküste, Dahomey, Niger und die Republik Volta umfaßt, schlug Diiori aus dem gleichen Grund die Schaffung eines «Koordinationskomitees» der Staaten Westafrikas vor. Wenn die Achse Dakar-Abidjan noch problematisch erscheint, zeichnet sich doch eine Entspannung in den Hauptstädten des afrikanischen Westens ab und zugleich damit eine Zusammenarbeit, welche die Wirtschaftskreise der Elfenbeinküste und des Mali seit langem gewünscht haben. Es kommt deshalb nicht überraschend, daß die Führer des Rates der Entente, die über die Stellung ihrer Länder in der erneuerten Communauté lange gezögert haben, die Gewährung der Souveränität an ihre vier Länder verlangt haben. Unter dem Eindruck dieser Bestrebungen ist es erlaubt zu sagen, daß die Stunde des «Commonwealth französischer Prägung» geschlagen hat.

Vor dem plötzlichen Aufstieg des schwarzen Afrikas müssen die Völker Westeuropas für diesen Kontinent große Umwandlungen hinnehmen, um dabei nicht von den Russen überflügelt zu werden, die schon in mehreren afrikanischen Ländern am Werk sind. In Conakry sind kürzlich 600 Chinesen angekommen, um die Aktivität des kommunistischen Blocks zu verstärken. Im Gegensatz zu dem offenbar von russischer Seite inspirierten Gerücht, wonach zwischen Chruschtschew und Mao Tse-tung Streit um Einflußsphären bestehe, haben die beiden kommunistischen Führer in Afrika nichts anderes im Sinn als den Sieg des Kommunismus. Ist es nötig, die stete Zunahme des marxistischen Einflusses auf die Studenten hinzunehmen, den die Beobachter im Sudan, in Guinea, an der Elfenbeinküste und in Togo feststellen, und zuzusehen, wie die Sowjets diesen jungen Republiken die wirtschaftliche und technische Hilfe

gewähren, deren sie bedürfen? Alte afrikanische Weisheit wird sicher manche der Führer Afrikas hindern, dieses Risiko einzugehen.

Britisch-Nigeria, das am stärksten bevölkerte und reichste Land Westafrikas wird morgen unabhängig sein. Das Auftreten dieses stillen Riesen wird mit großem Gewicht auf dem Kamerun lasten und noch mehr auf Dahomey und der Republik Niger. Was wird bei dieser Sachlage die Stellung des Chefs der Elfenbeinküste sein, der mit vollkommener Loyalität auf einen französisch-afrikanischen Föderalismus gesetzt hat? Houphouët-Boigny erklärte am 8. März auf der Konferenz von Bobo-Dioulasso, Afrika sei die Fortsetzung Europas und nicht Asiens. Wie lange noch?

Die Entschlossenheit der französischen Regierung, in der erneuerten Gemeinschaft die unabhängigen Staaten auf gleichem Fuß wie die andern aufzunehmen, ist ein Akt des Vertrauens und eine Wette. Wenn man der schwierigen Gestaltwerdung des neuen Afrikas helfen will, dessen politische Konfiguration noch ungewiß ist, so ist heute der Moment, diesen Vertrauensbeweis zu erbringen und diese Wette einzugehen. Man kann freilich nicht verneinen, daß trotz einer spürbaren Entspannung in ganz Westafrika die innenpolitische Lage Afrikas weiterhin instabil ist.

Etwas früher als die Republik Madagaskar hat der Bundesstaat Mali am 20. Juni seine Unabhängigkeit proklamiert. Es ist dies ein historischer Tag für alle bisherigen französischen Besitzungen auf dem schwarzen Kontinent, denen die bedrohliche Lage in Zentralafrika und noch mehr in Südafrika keinerlei Sorgen zu bereiten scheint. Die Republik Kongo, die zentralafrikanische Republik (Oubanghi), Tschad und möglicherweise Gabon, die in der Union der Republiken Zentralafrikas vereinigt sind, verlangen ihrerseits die Souveränität auf internationaler Ebene sowie eine eigene Vertretung in der Uno. So entsteht ein afrikanischer Block französischer Prägung, der vom afrikanischen-asiatischen Block verschieden ist und von dem man erwarten darf, daß er in der Uno die Stellung Frankreichs unterstützen wird.

Die unterentwickelten Länder der Gemeinschaft wären freilich wohlberaten, ihrerseits danach zu trachten, durch aufbauende Arbeit ihren noch niedrigen Lebensstandard zu heben. Wie Präsident Tsiranana nicht ohne Humor sagte, sind «Geschenke» unvereinbar mit jener vollständigen Unabhängigkeit, die heute alle farbigen Führer beanspruchen. Ohne den hartnäckigen Willen zur Arbeit und ohne das Bestreben, einen gemeinsamen Nenner zu finden, der geeignet ist, die erneuerte Gemeinschaft zu verbinden, ist diese in Gefahr, bald keine andere Basis mehr zu haben als den Kapitalbestand des Mutterlandes. Viel hängt somit von der Haltung ab, welche die afrikanischen Staaten angesichts ihrer Wirtschaftsprobleme einnehmen, wie auch von der Klugheit, mit welcher ihre Führer die notwendigen Neugruppierungen vornehmen, damit sich das französisch-afrikanische Gefüge dauernd erhält.